

318

XXX (2023-2024) Nr. 1

unterlegt am 8. Januar 2024

PARLAMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



Parlament der DG					
088006			12.01.24		
1	2	3	4	GS	PDT

*Original**Kopie*

Sitzungsperiode: 2023-2024
Datum: XX.XX.XXXX

DEKRETVORSCHLAG ZUR ABBERUFUNG VON ÖFFENTLICHEN MANDATAREN

INHALTSANGABE

Der vorliegende Dekretvorschlag führt die Möglichkeit ein, öffentlichen Mandataren, die in einen Verwaltungsrat bzw. in einen Verwaltungsausschuss bestellt wurden, ihr Mandat zu entziehen, insofern ihnen schwerwiegende Fehler, grobe Fahrlässigkeit oder inakzeptables Fehlverhalten nachgewiesen werden können.

INHALTSVERZEICHNIS

Begründung	3
Allgemeine Erläuterungen.....	3
Kommentar zu den Artikeln	4
Dekretvorschlag	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das Thema „Verantwortung der Politik im Netz“ beschäftigt das Parlament seit mehr als zwei Jahren. Neben der Verantwortung, der sich die Parlamentarier selbst stellen müssen und zu deren Festigung das Parlament über die Einführung eines Verhaltenskodex reflektiert, sollen auch andere Mandatare, die ein öffentliches Mandat wahrnehmen, zur Verantwortung gezogen werden können. Letzteres soll über eine Abberufung im Falle von Fehlern oder Fehlverhalten möglich werden. Mit vorliegendem Dekretvorschlag wird eine gleichlautende Grundlage für eine solche Abberufung geschaffen.

Tatsächlich hat vor allem die Entwicklung des Internets das (Zusammen)Leben unserer Gesellschaft revolutioniert und dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung von Grundrechten, die für den Aufbau einer Demokratie von essenzieller Bedeutung sind. U. a. die Meinungsfreiheit gehört zu diesen Grundrechten, denn tatsächlich ist der Pluralismus ein fundamentaler Wert demokratischer Systeme.

Allerdings gefährden insbesondere Verschwörungstheorien, die sich vor allem im Netz schnell verbreiten können, diesen Pluralismus und somit die Demokratie.

Es liegt in der Verantwortung der öffentlichen Mandatare, die Werte der Demokratie durch ihr Verhalten zu schützen und zu wahren. Handelt ein Mandatar entgegen diesen demokratischen Werten, muss er zur Verantwortung gezogen werden können.

Bisher besteht nur punktuell die Möglichkeit, einen Mandatar, der durch sein Verhalten die Demokratie gefährdet, seines Amtes zu entheben.

Durch vorliegenden Dekretvorschlag soll dem Gremium, das die öffentlichen Mandatsträger bestellt, den Gruppierungen, die Mandatare vorschlagen, und dem Gremium, in dem der Mandatar tagt, die Möglichkeit eröffnet werden, die Abberufung eines Mandatars, der seine Verantwortung nicht korrekt wahrnimmt, in die Wege zu leiten.

Die Verantwortung wird nicht korrekt wahrgenommen, wenn schwerwiegende Fehler begangen werden oder wenn grobes Fehlverhalten zu erkennen ist.

In der Regel werden folgende Fehler oder folgendes Verhalten als verwerflich betrachtet: Unehrlichkeit, nicht vertrauenswürdiges Verhalten, Missachtung der Geheimhaltungspflicht, Verbreitung von Fake News und Desinformationen, Aggressivität (auch verbal – Hatespeech), Diebstahl, Machtmissbrauch, Manipulation öffentlicher Auftragsvergabe usw.

Damit ein Fehler oder Fehlverhalten unumstößlich eine Abberufung zur Folge haben darf, muss dieser bzw. dieses aber als grob bzw. als schwerwiegend eingestuft werden.

Die Begrifflichkeiten „schwerwiegender Fehler“ und „grobes Fehlverhalten“, die zu einer Abberufung dieser öffentlichen Mandatsträger führen können, können allerdings nicht erschöpfend definiert werden. Es obliegt schlussendlich immer dem zuständigen Richter, im Einzelfall zu prüfen, ob ein Fehler als schwerwiegend oder ein Verhalten als grob fehlerhaft einzustufen ist.

Aus der bestehenden Jurisprudenz (u. a. des Verfassungsgerichtshofs und des Staatsrats) und Doktrin kann man indes gewisse Kriterien herausfiltern, die darauf hinweisen, was einen Fehler zu einem schwerwiegenden Fehler und ein Fehlverhalten zu einem groben Fehlverhalten machen.

Einer dieser Indikatoren ist die **Schwere der Folgen**, die die Fehler oder das Fehlverhalten verursachen bzw. verursachen können. Dies gilt vor allem, wenn die Folgen als nicht wieder gutzumachen einzustufen sind.

Auch muss das **Verhältnis** zwischen dem Mandatsträger und der Einrichtung, in der das Mandat ausgeübt wird, durch den Fehler oder das Fehlverhalten so **zerrüttet** worden sein, dass eine weitere Zusammenarbeit unmöglich scheint.

Überdies muss es für eine normal umsichtige Person **offensichtlich sein**, dass es sich bei der Tat oder dem Verhalten um einen Fehler handelt. Diese Offensichtlichkeit führt dazu, dass der Fehler als unentschuldig gilt.

Bei Handlungen oder Verhalten, die mit dem Mandat unvereinbar sind, handelt es sich in der Regel um (moralisch) verwerfliche Handlungen, also um Verhalten, die dem Ansehen der Einrichtung schaden können, oder um Handlungen und Verhalten, bei denen ein Interessenkonflikt zum öffentlichen Mandat zu erkennen ist.

Die Beweislast bezüglich der Schwere eines Fehlers, eines Fehlverhaltens oder von mit Mandaten unvereinbaren Handlungen oder Verhalten obliegt demjenigen, der diese als Grund für die Abberufung anführt.

Selbstverständlich darf eine Abberufung nur unter Berücksichtigung der Rechte auf Verteidigung des betroffenen Mandatars erfolgen, entsprechende Entscheide müssen in diesem Sinne ordentlich begründet werden.

Ein Mandatar, der wegen eines schwerwiegenden Fehlers, einer groben Fahrlässigkeit oder eines inakzeptablen Fehlverhaltens abberufen wird, darf überdies nicht erneut in das betreffende Gremium bestellt werden.

Parallel zum vorliegenden Dekretvorschlag wird:

- ein Beschlussvorschlag hinterlegt, der die Möglichkeit der Abberufung von öffentlichen Mandataren, die durch das Parlament bezeichnet wurden, in die Geschäftsordnung des Parlaments einführt;
- ein Sonderdekretvorschlag hinterlegt, der die Möglichkeit der Abberufung von Verwaltungsratsmitgliedern der Autonomen Hochschule und des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einführt.

Im Sinne der Rechtssicherheit wird der Staatsrat um die Begutachtung des vorliegenden Dekretvorschlags gebeten.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Der Verwaltungsrat des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht aus vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählten stimmberechtigten Mitgliedern.

Artikel 1 ändert das Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab, damit das Parlament aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer Fraktion oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates einem von ihm gewählten Mitglied das Mandat entziehen darf.

Damit das Mandat entzogen werden darf, muss dem betreffenden Mitglied des Verwaltungsrats Folgendes nachgewiesen werden:

- entweder ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats oder
- eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, oder
- die Nichteinhaltung der gesetzlich verankerten demokratischen Grundsätze bzw. die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person, die derartige Grundsätze missachtet.

Eine Abberufung erfolgt nach vorheriger Anhörung vor dem vom Parlament bezeichneten Gremium, zu der der betroffene Mandatar sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die weiteren Ausführungsbestimmungen werden in der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt. Das bedeutet zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets, dass es eine vorherige Anhörung vor dem erweiterten Präsidium geben muss und dass die Anhörung innerhalb von 30 Tagen nach der schriftlichen Inkennntnissetzung über das beanstandete Verhalten bzw. über die zur Last gelegte Handlung abzuhalten ist.

Für den verbleibenden Zeitraum wählt das Parlament ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat, wobei ein abberufenes Mitglied nicht wieder wählbar ist.

Angesichts der Schwere der Auswirkungen dieser Entscheidung darf eine Abberufung – nach aktueller Formulierung der Geschäftsordnung des Parlaments – nur erfolgen, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Entscheidungsträger sich dafür aussprechen.

Artikel 2 bis 5

Die Artikel 2 bis 5 sehen Abberufungsverfahren betreffend die Mitglieder der Verwaltungsräte und Verwaltungsausschüsse vor, die von der Regierung eingesetzt werden. Tatsächlich erhält die Regierung, die den jeweiligen Verwaltungsrat bzw. Verwaltungsausschuss einsetzt, aus eigener Initiative, auf Anstoß einer Vorschlagsinstanz oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates bzw. des Verwaltungsausschusses die Möglichkeit, einem von ihr in den Verwaltungsrat bzw. in den Verwaltungsausschuss ernannten Mitglied das Mandat zu entziehen, wenn diesem Folgendes nachgewiesen werden kann:

- ein schwerwiegender Fehler, eine grobe Fahrlässigkeit, eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, oder
- die Nichteinhaltung der gesetzlich verankerten demokratischen Grundsätze bzw. die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person, die derartige Grundsätze missachtet.

Eine Abberufung erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen kann. Die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens legt die Regierung selbst fest.

Für den verbleibenden Zeitraum ernennt die Regierung ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat bzw. in den Verwaltungsausschuss, wobei ein abberufenes Mitglied nicht wieder in den Verwaltungsrat bzw. in den Verwaltungsausschuss ernannt werden kann.

Artikel 2 passt das Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen an.

Artikel 3 passt das Dekret vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens an.

Artikel 4 passt das Dekret vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung an.

Artikel 5 passt das Dekret vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung an.

Artikel 6

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekrets zum 1. März 2024 vor.

DEKRETVORSCHLAG

Artikel 1 – In Artikel 8 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgischer Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8 November 2004, wird folgender §2.1 eingefügt:

„§2.1 – Das Parlament kann aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 8 §1 vorgesehenen Fraktionen oder auf Vorschlag des Rates einem von ihm gemäß §2 bezeichneten Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt das Mandat entziehen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 1 erfolgt nach vorheriger Anhörung vor dem vom Parlament bezeichneten Gremium, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Das Parlament legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Das Parlament wählt für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Rat. Ein abberufenes Mitglied ist nicht wieder wählbar.“

Art. 2 – Artikel 18 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Absatz 2 Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In §3 Absatz 2 wird folgende Nummer 5 eingefügt:
„5° wenn die Regierung ein Verwaltungsratsmitglied gemäß §6 abberuft.“
3. Folgender §6 wird eingefügt:
„§6 - Die Regierung kann aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 17 §1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihr in den Verwaltungsrat ernannten Mitglied das Mandat entziehen:
 1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
 2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
 3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 1 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Die Regierung ernennt für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat. Ein abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsrat ernannt werden."

Art. 3 – Artikel 22 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu §1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu §2 Absatz 1.
3. In §2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:
 „Die Regierung kann aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 21 §1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses unter einer der folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihr in den Verwaltungsausschuss bestellten Mitglied das Mandat entziehen:
 1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
 2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
 3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest."

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu §3.
5. §3 wird wie folgt abgeändert:
 1. Das Wort „ausscheidet“ wird durch die Wortfolge „ausscheidet oder abberufen wird“ ersetzt.
 2. Folgender Satz wird eingefügt:
 „Ein gemäß §2 abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsausschuss bestellt werden."

Art. 4 – Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu §1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu §2 Absatz 1.
3. In §2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Die Regierung kann aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates unter einer der folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihr in den Verwaltungsrat bestellten Mitglied das Mandat entziehen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.“

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu §3.
5. §3 wird wie folgt abgeändert:
 1. Das Wort „ausscheidet“ wird durch die Wortfolge „ausscheidet oder abberufen wird“ ersetzt.
 2. Folgender Satz wird eingefügt:
„Ein gemäß §2 Absatz 2 abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsrat bestellt werden.“

Art. 5 – Artikel 15 Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu §1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu §2 Absatz 1.
3. In §2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:
„Die Regierung kann aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 14 §1 Absatz 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses unter einer der folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt einem von ihr in den Verwaltungsausschuss bestellten Mitglied das Mandat entziehen:
 1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
 2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder
 3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied oder Sympathisant einer in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist:
 - Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren Zusatzprotokolle, die in Belgien in Kraft sind,
 - Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und
 - Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest."

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu §3.
5. §3 wird wie folgt abgeändert:
 1. Das Wort „ausscheidet“ wird durch die Wortfolge „ausscheidet oder abberufen wird“ ersetzt.
 2. Folgender Satz wird eingefügt:
„Ein gemäß §2 Absatz 2 abberufenes Mitglied kann nicht wieder in den Verwaltungsausschuss bestellt werden.“

Art. 6 – Das vorliegende Dekret tritt am 1. März 2024 in Kraft.

Charles SERVATY 

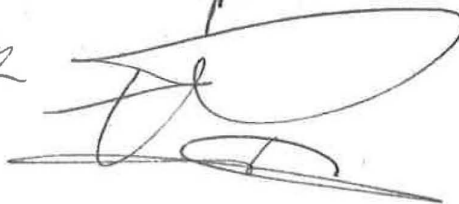
J. Auer.

Fredy CHENIER



Raymond Herms

Fredy MOCKER



Gregor FEECHER



Zitting: 2023-2024
Datum: 8 januari 2024

**VOORSTEL VAN DECREET INZAKE HET ONTSLAG VAN OPENBARE
AMBTSDRAGERS**

INGEDIEND DOOR:
**de heer F. CREMER, de heer R. HEINERS, de heer R. NELLES,
de heer C. SERVATY, de heer F. MOCKEL
en de heer G. FRECHES**

INHOUDSOPGAVE

Dit voorstel van decreet introduceert de mogelijkheid om het mandaat in te trekken van openbare ambtsdragers die zijn benoemd in een raad van bestuur of een bestuurscommissie, als ernstige fouten, grove nalatigheid of onaanvaardbaar wangedrag kunnen worden aangetoond.

INHOUDSOPGAVE

TOELICHTING	3
ALGEMENE OPMERKINGEN	3
COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN.....	4
VOORSTEL VAN DECREET.....	7

TOELICHTING

ALGEMENE OPMERKINGEN

Het onderwerp "Politieke Verantwoordelijkheid Online" staat al meer dan twee jaar op de agenda van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap. Naast de verantwoordelijkheid die parlementsleden zelf moeten nemen en ter versterking waarvan het Parlement overweegt een gedragscode in te voeren, moeten ook andere openbare ambtsdragers die een publiek mandaat vervullen ter verantwoording kunnen worden geroepen. Deze laatste doelstelling zou mogelijk gemaakt moeten worden door ontslagen in geval van fouten of wangedrag. Dit voorstel van decreet creëert een basis voor dergelijk ontslag.

De ontwikkeling van het internet in het bijzonder heeft de manier waarop onze maatschappij (samen)leeft radicaal veranderd en dit heeft ook een aanzienlijke invloed op de uitoefening van grondrechten, die essentieel zijn voor de ontwikkeling van een democratie. Zo is onder andere de vrijheid van meningsuiting een van deze grondrechten, aangezien pluralisme een fundamentele waarde is van democratische systemen.

Vooraf samenzweringstheorieën, die zich online snel kunnen verspreiden, brengen dit pluralisme en daarmee de democratie echter in gevaar.

Het is de verantwoordelijkheid van openbare ambtsdragers om met hun gedrag de waarden van de democratie te beschermen en hoog te houden. Als een openbare ambtsdrager in strijd met deze democratische waarden handelt, moet deze ter verantwoording worden geroepen.

Tot op heden is het alleen mogelijk om een openbare ambtsdrager afzonderlijk uit zijn functie te ontheffen als diens gedrag de democratie in gevaar brengt.

Het doel van dit voorstel van decreet is om het orgaan dat openbare ambtsdragers aanstelt, de groepen die openbare ambtsdragers voordragen en het orgaan waarin een openbare ambtsdrager zetelt, in staat te stellen het ontslag te initiëren van een openbare ambtsdrager die zijn verantwoordelijkheid niet correct vervult.

Deze verantwoordelijkheid wordt niet correct genomen als er ernstige fouten worden gemaakt of als grof wangedrag wordt erkend.

In het algemeen worden de volgende fouten of gedragingen als verwerpelijk beschouwd: Oneerlijkheid, onbetrouwbaar gedrag, negeren van geheimhoudingsplichten, verspreiden van fake news en desinformatie, agressiviteit (inclusief verbaal - hatespeech), diefstal, machtsmisbruik, manipulatie van openbare aanbestedingen, enz.

a

Om een fout of wangedrag onherroepelijk te laten leiden tot ontslag, moet echter een categorisering als grof of ernstig plaatsvinden.

De termen "grote fout" en "ernstig wangedrag", die kunnen leiden tot het ontslag van deze openbare ambtsdragers, kunnen echter niet uitputtend worden gedefinieerd. Uiteindelijk is het altijd aan de bevoegde rechter om van geval tot geval te bepalen of een fout als grof en een wangedrag als ernstig dient te worden beschouwd.

Uit de bestaande rechtspraak (inclusief die van het Grondwettelijk Hof en de Raad van State) en de doctrine kunnen ondertussen bepaalde criteria worden gefilterd die aangeven wat een fout tot een grote fout en wangedrag tot een ernstig wangedrag maken.

Een van deze indicatoren is **de ernst van de gevolgen** die de fouten of het wangedrag veroorzaken of kunnen veroorzaken. Dit geldt in het bijzonder als de gevolgen als onherstelbaar worden gecategoriseerd.

De **relatie** tussen de openbare ambtsdrager en de organisatie waar het mandaat wordt uitgeoefend moet ook zodanig **verstoord** zijn door de fout of het wangedrag dat een verdere samenwerking onmogelijk lijkt.

Bovendien moet het voor een normaal voorzichtig persoon **vanzelfsprekend** zijn dat de handeling of het gedrag als fout wordt beschouwd. Deze vanzelfsprekendheid betekent dat de fout als onverschoonbaar wordt ervaren.

Handelingen of gedrag die onverenigbaar zijn met het mandaat zijn in het algemeen (moreel) verwerpelijke handelingen, d.w.z. gedrag dat de reputatie van de instelling kan schaden, of handelingen en gedrag die in strijd zijn met het publieke mandaat.

De bewijslast met betrekking tot de ernst van een fout, een wangedrag of handelingen en gedragingen die onverenigbaar zijn met het mandaat, ligt bij de partij die deze aanvoert als reden voor ontslag.

Het spreekt voor zich dat ontslag alleen kan plaatsvinden met inachtneming van de rechten van de verdediging van de betrokken openbaar ambtsdrager, en dat besluiten hiertoe naar behoren moeten worden gemotiveerd.

Bovendien kan een openbare ambtsdrager die is ontslagen als gevolg van een ernstige fout, grove nalatigheid of onaanvaardbaar wangedrag, niet opnieuw worden benoemd in het betreffende orgaan.

Parallel aan het huidige voorstel van decreet wordt:

- een voorstel van beslissing ingediend, dat in het Reglement van het Parlement de mogelijkheid invoert om door het Parlement aangewezen openbare ambtsdragers te ontslaan;
- een voorstel van bijzonder decreet ingediend, dat de mogelijkheid invoert om leden te ontslaan van de raad van bestuur van de autonome hogeschool en van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

In het belang van de rechtszekerheid wordt de Raad van State verzocht dit voorstel van decreet te beoordelen.

COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN

Artikel 1

De raad van bestuur van het Belgisch Centrum voor radio-omroep en de filmvoorstellingen van de Duitstalige Gemeenschap bestaat uit stemgerechtigde leden verkozen door het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 1 wijzigt het decreet van 27 juni 1986 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen van de Duitstalige Gemeenschap in die zin dat het Parlement, op eigen initiatief, op voorstel van een fractie of op voorstel van de raad van bestuur, het mandaat van een door het Parlement verkozen lid kan intrekken.

Om een mandaat te kunnen intrekken, moet het volgende worden bewezen tegen een lid van de raad van bestuur in kwestie:

- hetzij een ernstige fout of grove nalatigheid in de uitoefening van zijn mandaat, of
- een handeling of gedrag dat onverenigbaar is met de uitoefening van het mandaat, of

- de niet-naleving van de in de wet vastgelegde democratische beginselen resp. de lidmaatschap van of steun aan een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die deze beginselen negeert.

Ontslag vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting voor het door het Parlement aangewezen orgaan, waarbij de betrokken openbaar ambtsdrager zich mag laten vergezellen door een persoon van eigen keuze. Verdere uitvoeringsbepalingen zullen worden vastgelegd in het Reglement van het Parlement. Dit betekent dat, op het moment van inwerkingtreding van het decreet, er een voorafgaande hoorzitting moet plaatsvinden voor het Bureau in uitgebreide samenstelling en dat de hoorzitting moet plaatsvinden binnen 30 dagen na de schriftelijke kennisgeving van het gedrag of de handeling waartegen de klacht gericht is.

Het Parlement kiest voor de resterende periode een nieuw lid van de raad van bestuur, waarbij een lid dat uit zijn functie werd ontheven niet herkiesbaar is.

Gezien de ernst van de gevolgen van een dergelijke beslissing, kan een ontslag - volgens de huidige bewoordingen van het Reglement van het Parlement - alleen plaatsvinden als ten minste tweederde van de aanwezige besluitvormers zich daarvoor uitspreekt.

Artikel 2 tot 5

De artikelen 2 tot en met 5 voorzien ontslagprocedures voor de leden van de raden van bestuur en de bestuurscommissies die door de regering werden benoemd. De regering, die de desbetreffende raad van bestuur of de desbetreffende bestuurscommissies aanstelt, kan inderdaad, op eigen initiatief, op initiatief van een indienende instantie of op voorstel van de raad van bestuur of de bestuurscommissie, het mandaat van een lid dat zij in de raad van bestuur of de bestuurscommissie heeft aangesteld, intrekken indien het volgende kan worden bewezen:

- een ernstige fout, grove nalatigheid, een handeling of gedrag dat onverenigbaar is met de uitoefening van het mandaat, of
- de niet-naleving van de in de wet vastgelegde democratische beginselen resp. het lidmaatschap van of de steun aan een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die deze beginselen negeert.

Ontslag vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt zelf de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

De regering benoemt een nieuw lid in de raad van bestuur of de bestuurscommissie voor de resterende periode, waarbij een lid dat uit zijn functie werd ontheven niet herkiesbaar is in de raad van bestuur of de bestuurscommissie.

Artikel 2 past het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's aan.

Artikel 3 past het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven aan.

Artikel 4 past het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap aan.

Artikel 5 past het decreet van 13 november 2023 betreffende de maatregelen inzake de bevordering van de werkgelegenheid en de arbeidsbemiddeling aan.

Artikel 6

Deze bepaling voorziet dat het decreet op 1 maart 2024 in werking treedt.

F. CREMER
R. HEINERS
R. NELLES
C. SERVATY
F. MOCKEL
G. FRECHES

VOORSTEL VAN DECREET

Artikel 1 – Aan artikel 8 van het decreet van 27 juni 1986 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 8 november 2004, wordt de volgende §2.1 toegevoegd:

„§2.1 – Het Parlement kan onder een van de volgende voorwaarden, op eigen initiatief of op voorstel van een van de in artikel 8, §1 voorziene fracties of op voorstel van de Raad, op elk ogenblik het mandaat intrekken van een door hen volgens §2 aangeduid lid van de raad van bestuur:

1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
 - Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag overeenkomstig lid 1 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting voor de door het Parlement aangewezen instantie, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. Het Parlement stelt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure vast.

Het Parlement kiest voor de resterende periode een nieuw lid van de Raad. Een ontslagen lid is niet herkiesbaar.”

Art. 2 – Artikel 18 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's, gewijzigd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt als volgt gewijzigd:

1. In §3, lid 2, nummer 4, wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een puntkomma.
2. In §3, lid 2, wordt het volgende nummer 5 ingevoegd:
„5° indien de regering een lid van de raad van bestuur ontslaat overeenkomstig §6.”
3. De volgende §6 wordt ingevoegd:
„§6 - De regering kan onder de volgende voorwaarden, op elk moment en op eigen initiatief, op voorstel van een van de benoemingsorganen voorzien in artikel 17, §1, of op voorstel van de raad van bestuur, het mandaat van een lid dat zij in de raad van bestuur heeft benoemd, intrekken:
 1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
 2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
 3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:

- Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
- Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
- Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag op grond van lid 1 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.

De regering benoemt een nieuw lid in de raad van bestuur voor de resterende periode. Een ontslagen lid kan niet worden herbenoemd in de raad van bestuur."

Art. 3 – Artikel 22 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gewijzigd bij het decreet van 13 november 2023, wordt als volgt gewijzigd:

1. Lid 1 wordt §1.
2. Lid 2 wordt §2, lid 1.
3. In §2 worden de volgende leden 2 en 3 ingevoegd:

„De regering kan onder een van de volgende voorwaarden, op elk ogenblik en op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 21, §1 bedoelde benoemingsorganen of op voorstel van de bestuurscommissie, het mandaat van een lid van de bestuurscommissie dat zij heeft benoemd intrekken:

 1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
 2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
 3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
 - Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag op grond van lid 2 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure."

4. Lid 3 wordt §3.
5. §3 wordt als volgt gewijzigd:
 1. Het woord "aftreedt" wordt vervangen door de woorden "aftreedt of wordt ontslaan".
 2. De volgende zin wordt toegevoegd:

"Een lid dat overeenkomstig §2, lid 2, wordt ontslagen, kan niet opnieuw worden benoemd tot lid van de bestuurscommissie."

Art. 4 – Artikel 10 van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap wordt als volgt gewijzigd:

1. Lid 1 wordt §1.

2. Lid 2 wordt §2, lid 1.
3. In §2 worden de volgende leden 2 en 3 ingevoegd:

„De regering kan onder de volgende voorwaarden, op elk ogenblik en op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 9, lid 1, bedoelde benoemingsorganen of op voorstel van de raad van bestuur, het mandaat van een door haar in de raad van bestuur benoemd lid intrekken:

 1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
 2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
 3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en
 - Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag op grond van lid 2 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure.”
4. Lid 3 wordt §3.
5. §3 wordt als volgt gewijzigd:
 1. Het woord "aftreedt" wordt vervangen door de woorden "aftreedt of wordt ontslaan".
 2. De volgende zin wordt toegevoegd:

“Een lid dat overeenkomstig §2, lid 2, wordt ontslagen, kan niet opnieuw worden benoemd tot lid van de raad van bestuur.”

Art. 5 – Artikel 15 van het decreet van 13 november 2023 betreffende de maatregelen inzake de bevordering van de werkgelegenheid en de arbeidsbemiddeling wordt als volgt gewijzigd:

1. Lid 1 wordt §1.
2. Lid 2 wordt §2, lid 1.
3. In §2 worden de volgende leden 2 en 3 ingevoegd:

„De regering kan onder de volgende voorwaarden, op elk ogenblik en op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 14, §1, lid 1, bedoelde benoemingsorganen of op voorstel van de bestuurscommissie, het mandaat van een door haar in de bestuurscommissie benoemd lid intrekken:

 1. indien kan worden aangetoond dat het lid een ernstige fout of grove nalatigheid heeft begaan in de uitoefening van zijn mandaat, of
 2. indien een daad of gedraging kan worden bewezen die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat, of
 3. indien bewezen kan worden dat het lid de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt, resp. indien hij lid of medestander is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de in de volgende wetsteksten vastgelegde democratische beginselen niet eerbiedigt:
 - Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden en zijn aanvullende protocollen die in België van kracht zijn,
 - Wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden, en

- Wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Ontslag op grond van lid 2 vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting, waarbij het betrokken lid zich mag laten vergezellen door een persoon van zijn keuze. De regering bepaalt de verdere modaliteiten van de ontslagprocedure."

4. Lid 3 wordt §3.

5. §3 wordt als volgt gewijzigd:

1. Het woord "aftreedt" wordt vervangen door de woorden "aftreedt of wordt ontslaan".
2. De volgende zin wordt toegevoegd:
"Een lid dat overeenkomstig §2, lid 2, wordt ontslagen, kan niet opnieuw worden benoemd tot lid van de bestuurscommissie."

Art. 6 – Dit decreet treedt in werking op 1 maart 2024.

F. CREMER
R. HEINERS
R. NELLES
C. SERVATY
F. MOCKEL
G. FRECHES